

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schäfer, Herr Mecklenbrauck,
meine Damen und Herren,

wieder sind fast 2 Jahre vergangen und uns liegt ein Haushalt für die nächsten beiden Jahre vor. Wieder ist es für alle Beteiligten kein erfreulicher Haushalt in dem aus dem Vollen geschöpft werden könnte. Ganz im Gegenteil: wir sollen einmal mehr Steuererhöhungen für die Bürger und Streichungen bei den freiwilligen Leistungen der Stadt beschließen.

Nun kann man sich ja damit trösten, dass es anderen Städten und Gemeinden noch schlechter geht, aber das wäre sicherlich ein sehr schwacher Trost. Das Haushaltssicherungskonzept musste nicht nur um 2 Jahre weiter fortgeschrieben werden, es musste auch um 5 neue Maßnahmen ergänzt werden, um dann im Jahr 2016 einen leichten Überschuss im städtischen Haushalt aufzeigen zu können. Doch an dieser Stelle kann ich mich selber zitieren:

Dieses uns vorliegende Haushaltssicherungskonzept birgt in verschiedenen Positionen nicht unerhebliche Risiken, da die hier eingestellten, erwarteten Erträge sehr stark von der aktuellen Nachfrage abhängig sind und beinhaltet einige Unwägbarkeiten, die keinesfalls als sichere Einnahmen angesehen werden können.

Innerhalb dieser Finanzplanung sind unterschiedliche Punkte enthalten die, von der Stadt Bergkamen nicht zu beeinflussenden Parametern abhängig sind und somit einen nicht unerheblichen Unsicherheitsfaktor innerhalb der Finanzplanung darstellen. In diesem Zusammenhang möchten wir exemplarisch die nachfolgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes benennen, z.B. den Zinsaufwand Logistikpark A2, die Gewinnabführung aus Beteiligungen, Veräußerung Schacht III, Veräußerung städt. Gebäude oder Baugenehmigungsgebühren.

Ebenso sind auch im Bereich verschiedener Pflichtaufgaben negative Auswirkungen nicht auszuschließen.

Die FDP-Fraktion sieht schon die Anstrengungen der Verwaltung und unseres Kämmers, aus der zu einem großen Teil von außen aufgezwungenen Situation das Beste zu machen. Doch in einer Stadt, die seit ihrer Gründung ausschließlich von der SPD regiert wird und wo sich die Verflechtungen zwischen Partei und Verwaltung so manifestiert haben, ist es dringend nötig, diese eingefahrenen Strukturen durch einen unabhängigen Sachverständigen auf den Prüfstand zu stellen.

Sie sollen nicht sagen können: Es haben ja alle zugestimmt. Nein, es haben nicht alle zugestimmt. Solange der Haushalt der Stadt nicht von einem Gutachter überprüft wurde, stimmt die FDP-Fraktion nicht für immer wieder und weiter steigende Belastungen für ihre Bürger, wie z.B. die Anhebung der Gewerbesteuer, der Grundsteuer B und für immer größere Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen.

Nun hat unser Kämmerer zwar darauf hingewiesen, dass die sich im Nothaushalt befindlichen bzw. überschuldeten Städte Selm und Schwerte einen Gutachter eingeschaltet hatten, aber wir dürfen hier ja wohl davon ausgehen, dass es heißen muss: obwohl sie einen Gutachter eingeschaltet haben und nicht weil. (Schwerte Einsparvolumen 20 Mio. € in 5 Jahren, Kosten Gutachter 120.000 €)

Eine unabhängige Betrachtung der einzelnen Ausgabenbereiche, sowie der Organisationsstruktur kann, aus den Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden im Kreisgebiet, und zuletzt direkt im Bereich des Kreishaushalts, bisher nicht erkanntes Einsparpotenzial ohne Einschränkung von Leistungen hervorbringen.

Der Kreis hat es bewiesen: Allein bis heute wurden durch die durchgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen, bei einem einmaligen Finanzeinsatz für die Gutachten von rund 150.000 €, ca. 3,5 Mio. € im ersten Jahr eingespart. Diese durchgeführten Maßnahmen wurden durchaus parteienübergreifend beschlossen und selbst der Kreiskämmerer ist mittlerweile vom Sinn des Gutachtens überzeugt.

Die Einsparungen dort führten auch zur Senkung der Kreisumlage und kamen damit auch dem Bergkamener Haushalt zu gute.

Wir versprechen uns von diesen Einsparvorschlägen, dass dann auch endlich mal wieder eine Partei- und Oppositionsarbeit möglich ist. Dann könnten und müssten alle Parteien zu den einzelnen Vorschlägen Farbe bekennen.

Wie uns gerade die vorgesehenen Einsparungen im Jugendhilfebereich gezeigt haben, sind solche Einsparungen nicht in unser aller Sinne. Wenn hier bei benachteiligten Kindern und Jugendlichen gespart wird, steht zu befürchten, dass wir später mit sehr viel höheren Kosten fertig werden müssen. Und unsere vielzitierten Sponsoren vermehren sich auch nicht unendlich und können ihr Geld auch nur einmal ausgeben.

Zur Zeit sieht es doch so aus, dass von der SPD gewollte Dinge im Vorhinein in den Haushalt eingeplant werden (siehe Radstation) und die anderen Parteien zum Abnicken vergattert sind- immer mit dem Hinweis: „Wenn sie diese Steuererhöhung oder Streichung nicht wollen, dann müssen sie auch sagen, wo das Geld herkommen soll.“

Die Antwort hierauf würde die FDP gerne dem Sachverstand eines Gutachters überlassen, die Entscheidung, an welcher Stelle die Stadt investiert oder unterstützt aber gerne auch mitentscheiden.

Beängstigend ist auch die Entwicklung der Zinsausgaben. Sie stiegen vom Jahr 2000 mit 1,58 Mio. € auf voraussichtlich 3,9 Mio. € im Jahr 2013, davon 1,8 Mio. als Kassenkredite. „Falls hier die Zinsen steigen, stellt das die Stadt vor schier unlösbare Aufgaben.“

Grundsätzlich strebt die FDP-Fraktion an, durch Schuldenabbau und damit einhergehende reduzierte Zinsbelastungen, die Haushaltssituation langfristig erheblich zu verbessern.

Beim vorgestellten Stellenplan sehen wir positiv die geplanten Einsparungen einer Amtsleiter- und einer Dezernentenstelle. Doch auch in diesem Bereich bliebe zu überprüfen, ob nicht durch interkommunale Zusammenarbeit und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen oder Personal noch Einsparungen möglich sind.

Den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen wir, da auch wir der Meinung sind, dass wir zum einen keinen Bedarf an einer Radstation sehen und zum anderen, die vielen, in

Nachbarstädten wieder geschlossenen Radstationen gegen eine Nachhaltigkeit dieser Investitionen sprechen. Das Geld wird an anderen Stellen sehr viel dringender gebraucht und sollte sinnvoller ausgegeben werden, z.B. im Bereich der Jugendhilfe.

Dem Antrag der Fraktion Grüne/GAL werden wir ebenfalls zustimmen, da wir aus Gründen der Suchtprävention hier positive Impulse erwarten.

Dem Antrag der Fraktion Bergauf auf Schaffung eines weiteren Jugendtreffs mit Sozialarbeiter lehnen wir mit Hinweis auf die vorhandenen Jugendzentren, Sozialarbeiter und Streetworker ab. Ebenso sehen wir keinen Bedarf an einer Feinstaubmessenanlage. Bergkamen ist keine Großstadt.

Der Antrag zur Kindergartenbetreuung ist erst vor kurzem mehrheitlich entschieden worden. Bei der Beschränkung der Kassenkredite fragen wir uns, ob durch den dann fehlenden Spielraum im Bezug auf die verschiedenen Zahlungsausgangs- und eingangspunkte dann verpflichtende Ausgaben nicht mehr fristgerecht gezahlt werden können.

Der letzte Antrag muss aus Mangel an Zuständigkeit abgelehnt werden. Wir sind hier weder der Landtag, noch der Bundestag. Insgesamt alle Anträge, die leider an der Realität vorbeigehen.

Meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für ihre Geduld und Aufmerksamkeit und möchte mich auch noch einmal bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung für ihren Einsatz und ihre gute Arbeit bedanken. Auch ihnen würde ihre Arbeit sicherlich mehr Spaß machen, wenn nicht überall gespart werden müsste. Aber nach heute Abend sollten wir alle unseren Blick auf etwas Erfreulicherer lenken.

Wir wünschen der Verwaltung, allen Ratsmitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bergkamen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein frohes Weihnachtsfest.

15.12.2011 Angelika Lohmann-Begander